



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

des furchtbaren Gegensatzes zwischen Arm und Reich zu leisten, wenn es nicht gelingt, die Nächstenliebe, diesen allerwirksamsten und allerindividuellsten Sozialismus, im Volke wieder wachzurufen.

Und das sollten in der That die „politischen Pastoren“ endlich begreifen, die liberalen wie die orthodoxen, statt im Kampfe der politischen Parteien mit zu schüren, Haß zu säen, statt Liebe zu predigen, den Unfrieden zu verschärfen, statt ihn zu mildern. Hoch über den Parteien und den Interessengruppen und ihren materiellen Sonderbestrebungen steht die Liebe unter einander, an der man die Christen heute erkennen soll, wie zur Zeit der Apostel, und diesen christlichen Sozialismus im Gegensatz zum Staatssozialismus mit aller Begeisterung und Hingebung zu pflegen, statt in unchristlicher Unduldsamkeit starre Bekenntnissätze zum wachsenden Ärgernis der in der Schule der Neuzeit groß gewordenen Massen als das hinzustellen, was den Christen ausmacht, das ist die erhabenste, ernsteste, dringendste soziale Aufgabe der Kirche und ihrer Diener am Ende des neunzehnten Jahrhunderts.

Möchten in diesem Sinne die kaiserlichen Worte ein Mahnruf werden, nicht an die politischen Pastoren allein, sondern auch an die sehr große Masse der bequemen, gleichgiltigen, allerunterthänigst unpolitischen Pastoren.



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Die Gewerkvereine und die Politik. Da sich über die parlamentarischen Leistungen der vorigen Woche nichts sagen läßt, was nicht schon hundertmal gesagt worden wäre, die Krisengerüchte aber unkontrollirbarer Klatsch sind, so wollen wir nachträglich einem Ereigniß der ersten Maiwoche ein paar Worte widmen: dem sozialdemokratischen Gewerkschaftskongreß, der in Berlin abgehalten worden ist. Die Langweiligkeit der Debatten dieses Kongresses und der Umstand, daß er in der Presse wenig beachtet worden ist, beweisen aufs neue die geringe Lebenskraft der deutschen Gewerkvereine. Zwar haben es die sozialdemokratischen auf 300 000 Mitglieder gebracht, ungefähr fünfmal soviel wie die Hirsch-Dunckerschen, aber was ist das gegen die anderthalb Millionen Mitglieder der englischen, und wie wenig leisten sie! Der Vorschlag, einen von der Parteikasse gesonderten Streikfonds zu gründen, der von der Generalkommission der Gewerkschaften verwaltet werden solle, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Daraufhin erhoben konservative Blätter den Vorwurf, die ganze deutsche Gewerkschaftsbewegung werde nur als Mittel für die politischen Zwecke der Partei mißbraucht. Mit der That, daß in Deutschland die Gewerkschaftsbewegung der Parteipolitik untergeordnet wird, hat es seine Richtigkeit, aber dieser Zustand ergibt sich unvermeidlich aus unsern politischen Verhältnissen. Wollten die neuen Gewerkvereine die Politik ausschließen, so würden sie es nicht weiter bringen als die alten, die ja sehr achtungswert, aber bei ihrer geringen Mitgliederzahl und bei der engen Begrenzung ihres Wirkungskreises ohne

Einfluß auf die Lage der deutschen Arbeiterschaft im großen und ganzen sind. In einem Lande, wo hinter jedem Trupp Arbeiter ein Polizist herläuft, um sie zu überwachen, wo Versammlungen im Freien nicht gestattet werden, wo die Rede-, Presse-, Vereins- und Versammlungsfreiheit aufs äußerste beschränkt ist, wo eine Tellerversammlung für Vereinszwecke schon eine gerichtliche Bestrafung nach sich ziehen kann, wo ganze Gewerkvereine einfach aufgehoben werden können, wenn es den Behörden so beliebt, in einem solchen Lande können Gewerkvereine nach englischer Art nicht aufkommen. Mag man über die Streiks im allgemeinen und jeden einzelnen Streik im besondern urteilen, wie man will, mag man von jedem einzelnen nachweisen, daß er eine freventliche Thorheit gewesen sei und nicht allein die Unternehmer, sondern auch die Arbeiter geschädigt habe, so steht doch das eine fest, daß bis jetzt noch kein andres Mittel erfunden worden ist, wodurch die Arbeiter bessere Arbeitsbedingungen erlangen könnten. Das Einkommen des Lohnarbeiters hängt in weit geringerem Grade von den eignen Leistungen ab als das des Unternehmers. Der Unternehmer, der Glück, Geschick und Thatkraft hat, kann sein Einkommen mit der Zeit verzehnfachen, der Lohnarbeiter ist nur selten in der Lage, es durch Fleiß und Geschicklichkeit zu verdoppeln. In den meisten Fällen ist ihm eine Grenze gesetzt, die er nur überschreiten kann, wenn sie von allen Arbeitern seines Fachs gleichzeitig durch eine Lohnerhöhung überschritten wird, zu der sich die Unternehmerschaft, sei es durch einen Streik, sei es durch Arbeitermangel, gezwungen sieht. Bei uns nun werden Arbeitseinstellungen, und schon die Aufforderung dazu, als halbe Rebellion angesehen und behandelt. Verhält sich aber eine Behörde einmal unparteiisch bei einem Streik und tritt sie nicht als Bundesgenossin der Unternehmer, sondern als Vermittlerin auf, so schreien die Unternehmer Peter Mordio. Der Streik ist der Übel größtes nicht, schrieb der „Konfektionär“ nach der Beendigung des Ausstandes der Berliner Konfektionsarbeiter, sondern die Einigung durch das Gewerbegericht! Und die Behörden haben selten den Mut, dem Unwillen der Unternehmer gegenüber Stand zu halten.

Unter diesen Umständen müssen sich die Arbeiter erst das Recht zu einer wirksamen Gewerkvereinsthätigkeit erkämpfen, und das kann in Deutschland nicht wohl anders geschehen, als durch Gründung und beharrliche Unterstützung einer Arbeiterpartei, mag sie sich nun sozialdemokratisch oder sonstwie nennen. In England haben die Arbeiter eine eigne Partei nicht nötig; die Vereins- und Koalitionsfreiheit haben sie schon, und mit dem, was sie an Arbeiterschutz usw. außerdem erstreben, kommen sie zum Ziele, wenn sie die Partei unterstützen, die ihnen am meisten verspricht. Einiges von dem versprochen muß die siegreiche Partei halten, weil sie sonst bei der nächsten Wahl die Arbeiterstimmen einbüßen würde, und sie kann es halten, weil das, was die Unterhausmehrheit beschließt, von den seltenen Fällen eines Widerspruchs des Oberhauses abgesehen, unfehlbar Gesetz wird. In Deutschland stehen den Arbeitern nicht zwei große Parteien, sondern neun bis zehn Fraktionen gegenüber, die zwar auch im Versprechen nicht faul sind, von denen aber keine das Halten verbürgen kann. Denn erstlich weiß keine, ob sie in die Mehrheit hineinkommen und in der Mehrheit einen maßgebenden Einfluß gewinnen wird, und zweitens kann der Bundesrat jeden Beschluß des Reichstags zu nichte machen.

So sehen sich also die Lohnarbeiter bei uns darauf angewiesen, zunächst Politik zu treiben. In einer ähnlichen, nur weit schlimmern Lage befinden sie sich in Österreich-Ungarn und in Italien, daher tritt auch in diesen beiden Staaten die Gewerkvereinsbewegung hinter der politischen Agitation zurück. Was in Österreich-

Ungarn die Arbeiterschaft die letzten Jahre in beständiger Erregung erhalten hat, das ist die Agitation für das Wahlrecht, die ja in Eisleithanien soeben einen kleinen Erfolg errungen hat und wohl auch in Ungarn zum Ziele führen wird. Denn die Arbeiter haben dort mächtige Bundesgenossen an der katholischen Volkspartei und an den Nationalitäten. Allen diesen Bevölkerungsschichten ist die herrschende „liberale“ Partei, d. h. der magyarische Adel und die jüdische Finanz, gründlich verhaßt; besteht doch deren Liberalismus nur darin, daß sie dem Könige nicht den geringsten Einfluß auf die Regierung gestatten, die Nationalitäten gewaltsam magyarisieren,*) das Volk ausbeuten, den ärmern Schichten und den Nationalitäten die politischen Rechte vorenthalten, jede Auflehnung, wie die der armen Bauern im Alföld, mit schonungsloser Härte unterdrücken und gegen Arbeiterdemonstrationen die Polizei so schneidig vorgehen lassen, wie es am 10. Mai bei der Wahlrechtsdemonstration in Budapest wieder einmal geschehen ist.

Es dürfte schwer zu beweisen sein, daß die Rechtlosigkeit der Lohnarbeiter für das Volkswohl im ganzen besonders vorteilhaft wäre. Wenn die Besitzlosen einen bedeutenden Prozentsatz des Volkes ausmachen, so kann das Elend, dem sie im Zustande der Unterdrückung verfallen müssen, nicht ohne nachteiligen Einfluß auf die körperliche und geistige Gesundheit des Volkes im ganzen und auf den Volkswohlstand bleiben. Die Millenniumsausstellung wird von Kennern Ungarns als eine glänzende „Vorspiegelung falscher Thatfachen“ charakterisirt. Die magyarische Nation, meinte ein Berichterstatter der Schlesischen Zeitung dieser Tage, sei zwar eine eminent politische Nation, aber kein Kulturträger. Jedenfalls schafft ein kräftiger und intelligenter Arbeiterstand mehr Kultur, als eine Gesellschaft von Adlichen, deren Hauptverdienst darin besteht, daß sie bei Aufzügen mit den Edelsteinen an ihrer bunten Kleidung und an ihren Waffen und mit ihrer schönen Haltung zu Pferde die Augen der Zuschauer blenden. Noch klarer liegt die Sache in Italien zu Tage. Aus Bodios Statistischem Jahrbuch für 1895 erfährt man, daß der Verbrauch der notwendigsten Nahrungsmittel auf den Kopf der Bevölkerung immer noch stetig abnimmt, daß immer noch 3000 Menschen jährlich an der Pellagra sterben, weil sie so unbegreiflich arm sind, daß sie nicht einmal Salz kaufen können, daß für die Hebung des mit ungenügenden Werkzeugen betriebnen Ackerbaus und für die dringend notwendige Aufforstung nichts geschieht, daß die Zahl der Zwangsversteigerungen wegen Steuerrückständen im Jahre 1893 13375 betragen hat und seitdem noch bedeutend gestiegen ist, und daß 39 Prozent der Rekruten weder lesen noch schreiben können; beim weiblichen Geschlecht ist die Zahl derer, die nicht lesen können, natürlich noch viel größer. Wenn bei diesem Zustande des Landes die vorige Regierung ein kriegerisches Unternehmen eingefädelt hat, dessen Durchführung nach der Berechnung des jetzigen Kriegsministers anderthalb Milliarden kosten würde, eines Unternehmens, dessen Gelingen dem Volke gar nichts nützen würde — soeben sind die ersten Bauernfamilien, mit denen man Ansiedlungsversuche angestellt hatte, zurückgekehrt und erklären, auf dem elenden Boden Erythräas lasse sich nichts machen —, so war das Wahnsinn und Verbrechen. Wären die untern Volksschichten im Parlament nicht gänzlich unvertreten gewesen, so würde eine so unverständige Politik kaum möglich gewesen sein. Der Umschwung zum Bessern hat

*) Etwas geradezu abscheuliches erfahren wir aus Nr. 20 der Christlichen Welt. Die evangelische Kirche Ungarns ist um Erhöhung der Staatsdotation eingekommen mit der Begründung: „damit sie die in ihrem Schoß, wenn auch nur vereinzelt, auftretenden Nationalitätenströmungen mit Erfolg niederkämpfen könne.“ Damit ist gemeint, daß sie der Regierung bei der Magyarisirung der siebenbürgischen Sachsen helfen will.

damit angefangen, daß die Unterdrückten, denen kein gesetzliches Mittel zur Vertretung ihrer Interessen zur Verfügung stand, Gewaltthaten begangen haben, und daß dann ein Teil der bürgerlichen Klassen, die ebenfalls von der mörderischen Steuerherrschaft erdrückt werden, und hervorragende Gelehrte die Arbeiterschaft zu der ihrigen gemacht und ihr zu einer nicht ganz unansehnlichen Vertretung im Parlament verholfen haben. Allerdings bestehen in Italien auch ganz unpolitische Arbeiterverbände. Über eine sehr merkwürdige Art, die Arbeitsgenossenschaften, berichtet L. Albertini in Nr. 33 der Sozialen Praxis. Sie gleichen den russischen Artellen, unterscheiden sich aber von diesen dadurch, daß sie grundsätzlich den Unternehmer ausschalten; sie unternehmen Erd-, Bau- und landwirtschaftliche Arbeiten im Auftrage des Staates oder von Kommunen und Privatleuten und haben sich in der Form von Aktiengesellschaften organisiert, beziehen außer dem bedingten Lohn eine kleine Dividende von ihrer Aktie und sammeln einen Fonds für Notfälle an. Die Beharrlichkeit, Umsicht, brüderliche Gesinnung und Opferwilligkeit, die diese wackeren Leute in ihren Genossenschaften beweisen, ist bewundernswürdig; aber mit alledem bringen sie es doch nicht höher als auf einen Tagelohn, der sich zwischen 1,50 und 4 Lire bewegt, und ihr Haupterfolg besteht darin, daß in arbeitslosen Zeiten kein Mitglied Hungers zu sterben braucht, da sie sich bei brüderlicher Teilung des Verdienstes der Beschäftigten gemeinsam durchhungern. Eine Hebung der Lage der Arbeiter ist also mit solchen Genossenschaften, so löblich sie sein mögen, nicht zu erreichen, und es bleibt ihnen nichts übrig, als es mit der Politik zu versuchen.

Übrigens, was heißt denn politisch? Man versteht darunter alles, was den Staat angeht, und da heute der Staat behauptet, daß ihn alles angehe, was in ihm vorgeht, so sind im Grunde genommen alle öffentlichen Angelegenheiten und alle Dinge von allgemeinem Interesse politischer Natur. Wenn sich der Staat um die Angelegenheiten der Kirchen, Gemeinden und Korporationen bekümmert, so werden diese Angelegenheiten politisch genannt, im andern Falle nicht. Aber diese Unterscheidung ist ganz willkürlich. Im Mittelalter waren eben die Gemeinden und die Körperschaften selbst kleine Staaten, und wenn die Zünfte die Geschlechter stürzten und wenn sich dann die Lohnarbeiter gegen die Zünfte auflehnten, so waren das so gut politische Handlungen, wie wenn heute bei uns die Landwirte, die Kaufleute, die Handwerker, die Fabrikbesitzer Gesetze machen, die den Zweck verfolgen, ihre Einkünfte zu erhöhen, also ganz denselben Zweck, den die Streiks haben. Die englischen Gewerkvereine können demnach ebenso gut politische Vereine genannt werden wie irgend einer unserer politischen Vereine; daß sie von der Staatsregierung nicht belästigt werden, das ändert ihr Wesen nicht. Nach unserm heutigen Sprachgebrauch bezeichnet also das Wort politisch weiter nichts als die Zuständigkeit des Staates. Zieht der Staat einen Gegenstand in seinen Bereich, so ist der Gegenstand politisch, wenn nicht, nicht. An sich sind alle Gegenstände von allgemeinem Interesse politisch. Die Staatsanwälte haben also ganz Recht, wenn sie alles, was in einem Verein oder in einer Versammlung besprochen wird, sofern es über die eignen Hühneraugen oder den eignen Bierdurst der einzelnen Mitglieder hinausgeht, für öffentliche Angelegenheiten erklären und auf jeden solchen Verein die für politische Vereine geltenden Gesetze anwenden; es fehlt nur an der Folgerichtigkeit; entweder müßten alle Vereinigungen aller Berufsstände denselben Beschränkungen unterworfen oder es müßte allen dieselbe Bewegungsfreiheit eingeräumt werden.

